

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 9

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

politischen Demokratie. Demokratische Sozialisten möchten deshalb die politische Demokratie durch neue Formen der wirtschaftlichen und industriellen Demokratie vervollständigen, um die soziale Demokratie zu erreichen. Aber die Demokratie selbst, sowohl wie die Freiheit, haben ihre eigenen Werte.

Der Gang der politischen Ereignisse und die Entwicklung in den kommunistischen Staaten und Parteien haben die Richtigkeit und Unangreifbarkeit der Prinzipien der Sozialistischen Internationale und ihrer sozialdemokratischen Mitgliedparteien bewiesen. Sozialisten waren und sind für den Weg der Demokratie, für demokratische Grundsätze und demokratische Methoden. Ihr Ziel ist die Erreichung einer Gesellschaftsordnung, in der vollständige soziale Demokratie herrscht. Es kann *keinen Sozialismus ohne Demokratie* und *keine Demokratie ohne Freiheit* geben.»

Das Verhältnis der Sozialdemokraten zum Kommunismus bleibt also unverändert.

Profile der Weltpolitik

Spaniens Diktator hat einen Erben eingesetzt

Eigentlich seien Monarchien keineswegs staatliche Ordnungssysteme konservativer Prägung, sagte der Führer und Staatschef Franco in seiner Rede vom 22. Juli 1969 vor der Ständekammer in Madrid. Er verwies auf die nordischen Staaten in Europa, um gleich darauf einschränkend zu bemerken, Spanien habe natürlich keine fremden Beispiele nötig, denn in Spanien sei die Monarchie fest in der Tradition der katholischen Könige gegründet. Die katholischen Könige haben bekanntlich im 15. Jahrhundert Kastilien und Aragonien vereinigt, das arabische Königreich Granada besiegt, später die Juden des Landes verwiesen und als Symbol jene Kombination von Joch und Pfeilen erkoren, die in den dreissiger Jahren von der faschistisch orientierten Falange wieder als Emblem verwendet, heute als Wahrzeichen des Regimes an jedem Ortseingang des Landes zu sehen ist.

Aber eigentlich ging es weder in dieser Rede noch im Zeremoniell der Proklamation, ja nicht einmal in der am darauffolgenden Tag verlesenen Rede des neu ernannten Prinzen von Spanien so sehr um die Monarchie, als um die Erhaltung der von Franco begründeten ständischen Staatsordnung. Mehrmals wurde die Begründung dieses Systems am 18. Juli 1936 und ständig auf die Grundsätze der Nationalen Bewegung verwiesen, auf die der neue Kronprinz und Nachfolger des Führers seinen Eid leistete. Die Rede Francos war eine erklärte Kampfansage an die Republik, gegen die er ja an diesem 18. Juli mit seinen mitverschworenen Generalskollegen den Bürgerkrieg der dreissiger Jahre begonnen hatte, und bezog sich auf

die Grundsätze der Nationalen Bewegung, weil diese – wenn auch nicht sonderlich inhaltsreich – die Richtlinien des Einparteien-Ständestaates aufzeichnen. Dabei darf nicht vergessen werden, wie diese Grundsätze, die niemand beraten, vorgeschlagen oder beschlossen hat, zustande kamen. Sie wurden im Jahre 1958 eines Tages, und zwar am 17. Mai, vor der Ständekammer verkündet, in jenem Stil, durch den General Franco sorgsam darauf achtet, dass seine bestimmende Rolle als Führer eindeutig herausgestellt wird. So hiess es damals: «Ich, Francisco Franco Bahamonde, Führer von Spanien, eingedenk meiner Verantwortung vor Gott und der Geschichte, verkünde vor den Cortes (die Ständekammer) des Königreiches die Grundsätze der Nationalen Bewegung als Grundlage der Gemeinschaft der Spanier im Zeichen der Ideale, die den Kreuzzug begründeten . . .»

Mit Kreuzzug ist der Aufstand gegen die Republik von 1936 gemeint. Worum es mithin bei dieser Nachfolge-Proklamation ging, war und ist die Fortsetzung des Regimes auch nach dem Tode des Führers. Und Franco liess denn auch keinen Zweifel daran, dass er bis dahin den jungen Prinzen väterlich führen werde. Das ist schon bisher geschehen, denn die Erklärung des Juan Carlos war, wenn auch in der Sprachregelung sehr modernistisch, eine eindeutige Loyalitätserklärung. Die neu belebte Monarchie, eigentlich schon 1947 proklamiert, ist daher ohne richtigen Bezug zur herkömmlichen Monarchie Spaniens, wie sie etwa der letzte amtierende König Alfons XIII. verkörpert hatte. Es stimmt auch nicht mit der Thronfolge, denn in verklausulierten Worten wiesen die wenigen Opponenten in der Ständekammer darauf hin, dass die Monarchie als Grundidee die Thronfolge von Vater auf Sohn oder Tochter in sich schliesse. Und Don Juan, der Sohn des letzten Königs, sitzt, sehr unzufrieden, im portugiesischen Exil in Estoril. Der neue Thronfolger, der in dem nun verabschiedeten Gesetz als Nachfolger des Staatsoberhauptes «mit dem Titel König» bezeichnet wird, ist mithin nach legitimistischer Auffassung ein Usurpator.

In der spanischen monarchistischen Tradition aber gibt es zudem den uralten Konflikt mit den Karlisten. Er geht auf das Jahr 1833 zurück, als der Vetter der noch minderjährigen Thronfolgerin Isabella II., vertreten als Regentin durch ihre Mutter Maria Cristina, auf Grund des Salischen Gesetzes, das Frauen von der Thronfolge ausschliesst, den Thron für sich beanspruchte. Zwei Bürgerkriege provozierte der Karlismus im vergangenen Jahrhundert. Sie stellten sich politisch eigentlich im Kampf zwischen Liberalismus und katholisch-konservativem Traditionalismus dar, der in einigen Landschaften, so vor allem in der Navarra, besonders stark war und ist. Im Bürgerkrieg 1936–1939 stellten die Karlisten der Navarra die best vorbereiteten Miliztruppen der Aufständischen dar, die als Kampfeinheiten sofort eingesetzt werden konnten. Als im Laufe des Bürgerkrieges der Führer Franco die mehr modern-faschistisch orientierte und zahlenmässig ursprünglich unbedeutende Falange mit den Karlisten

zur offiziellen Staatspartei fusionierte, hätte man meinen können, das Ende des Karlismus als Bewegung sei gekommen, es sei im neuen Regime des Generals Franco aufgegangen. Doch die Zwangsvereinigung Karlismus und Falange konnte nie voll durchgesetzt werden. Nicht so sehr als Organisation, wohl aber als Volksbewegung in ihren Stammgebieten ist die karlistische Bewegung in den letzten Jahren wieder in Erscheinung getreten. Alljährlich gibt es das Traditionstreffen auf dem Berge Montejurra in der Navarra, und obwohl, streng genommen, der karlistische Zweig der Bourbonen ausgestorben ist, findet sich immer wieder ein karlistischer Thronprätendent, derzeit der französische Staatsbürger Carlos Hugo von Bourbon-Parma, den Franco im Vorjahr aus Spanien ausweisen liess. Und nun meldet sich dessen Vater, Xavier von Bourbon-Parma, und kündigt für den Fall der Thronbesteigung von Juan Carlos gar einen Aufstand in Spanien an.

Ein neuer Karlistenkrieg in Spanien ist dennoch wenig wahrscheinlich, ganz einfach, weil sich die Armee heute nicht mehr in eine liberale und eine karlistische Fraktion scheidet wie im vorigen Jahrhundert. Erstaunlich ist hingegen die von dem alten Prinzen Xavier beliebte Sprachregelung, die alle alte Karlistentraktion auf den Kopf stellt. Für ihn ist der «alfonsistische» Zweig der Königsfamilie Symbol des alten oligarchischen Spanien, das von einer kapitalistischen (. . . .) Minderheit gestützt werde, während die Karlisten nunmehr für ein demokratisches Spanien eintreten. Im Hintergrund dieser erstaunlichen Erklärung steht in der Navarra, die dem autonomistisch orientierten Baskenland nahe verwandt ist, der Volksklerus hinter dieser Neuausrichtung. Da es in Spanien keine politische freie Meinungsäußerung gibt, kann die Tiefenwirkung der Kampfansage an den Prinzen von Spanien ebensowenig geschätzt werden wie die Reichweite aller übrigen oppositionellen, aber nicht immer formierten oppositionellen Strömungen im Lande.

Die geschichtlich entscheidende Frage ist die, ob es, beim Ableben des Führers, wirklich gelingt, durch die Proklamierung von Juan Carlos als König die Kontinuität des Regimes zu sichern, oder ob nicht der hinter den Kulissen beginnende Cliquenkampf im Kreise der tatsächlichen Machthaber im Staate zu einer neuen, noch nicht abzusehenden Phase der spanischen Zeitgeschichte führen wird.

Rolf Reventlow

Knappe Fristen

Frankreichs neuer Premierminister Jacques Delmas (den Beinamen Chaban hat er aus der gaullistischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg) verfügt nach übereinstimmenden Aussagen politischer Beobachter verschiedener Richtungen über «hundert Tage» Bewährungsfrist. Dieses Schlagwort hat einen Doppelsinn.

Erstens verbleiben der neuen französischen Regierung tatsächlich nur die drei Sommermonate, also rund hundert Tage bis zur herbstlichen «Rentrée», die in Frankreich traditionsgemäss im Zeichen mehr oder weniger spontaner Bewegungen in den Betrieben, Mittel- und Hochschulen steht.

Zweitens sind die «Cent-Jours» in der französischen Geschichte ein Begriff: sie umfassen die Zeit von der Rückkehr Napoleons nach Paris am 20. März 1815 bis zu seiner zweiten Abdankung am 22. Juni. Diese Zeit war durch einen innenpolitischen Liberalisierungsversuch und neue aussenpolitische Abenteuer gekennzeichnet und endete mit dem Zusammenbruch in Waterloo.

Provisorium

Natürlich gibt es zwischen damals und heute höchstens oberflächliche Analogien. Die hartnäckig wiederkehrende Formel von Chabans hundert Tagen ist aber dennoch kennzeichnend für die französische Stimmung in diesem Sommer 1969: Das gaullistische Regime erhielt einen schweren Stoss durch die Mairevolution 1968 und den Volksentscheid im April 1969. Der General hat abgedankt und sich vorläufig nach einem äusseren Exil in Colombey-les-deux-Eglises zurückgezogen. Mit ihm sind die meisten Vertreter des «integralen Gaullismus» (Couve de Murville, André Malraux, René Capitant) zurückgetreten und üben von aussen her passiven oder aktiven Widerstand gegen Pompidou. An ihre Stelle trat eine Regierungskoalition zwischen dem «liberalen» oder opportunistischen Flügel der gaullistischen Bewegung (Pompidou, Chaban-Delmas, Maurice Schumann) und den nichtgaullistischen Konservativen (Giscard d'Estaing als Finanzminister) und dem rechten Flügel des nichtgaullistischen Zentrums (Jacques Duhamel als Agrarminister). In dieser neuen Regierung verbleibt als Vertreter des «harten» Gaullismus nur noch Michel Debré als Verteidigungsminister.

Die revolutionären Unruhen des Vorjahres wurden durch wichtige Zugeständnisse – insbesondere Lohn- und Gehaltserhöhungen und Ansätze zu einer weitgehenden Mittel- und Hochschulreform – und durch eine Reihe von Wahlen und Volksentscheiden vorübergehend gestoppt. Die wichtigsten Sozial- und Schulreformen befinden sich aber vorläufig noch auf dem Papier. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage hat sich indessen wieder in bedenklicher Weise verschlechtert.

Bilanz

Die Bilanz des elfjährigen gaullistischen Regimes und der sozialen und politischen Unruhen seit einem Jahr ist noch nicht gezogen. Es stand von vornherein fest, dass diese Bilanz mit jeder Woche und jedem Monat schwerer würde. Die Fristen, Stich- und Zahltage wurden immer wieder hinausgeschoben. De Gaulles Rücktritt im April und die daraus unvermeidlich folgende Kette von Wahlkämpfen führte zu weiteren drei Monaten Zeitverlust.

Die tatsächlichen Ziffern werden der Öffentlichkeit vorenthalten. Andeutungen über den drohenden Staatsbankrott machten während des Wahlkampfes die Kandidaten und Sprecher der demokratischen Linken und des linksoppositionellen Zentrums. Die Gaullisten ergingen sich in rosigem Optimismus, und die KPF begnügte sich mit den üblichen demagogischen Teilforderungen ohne Gesamtanalyse. Offensichtlich hörte das französische Wählervolk lieber Zweckoptimismus. Die verantwortungsbewusste Forderung nach dringenden und rechtzeitigen Sparmassnahmen ist nicht populär.

Die grosse Frage ist nun, ob diese immer wieder hinausgeschobenen Sparmassnahmen im Herbst wieder auf Kosten der arbeitenden Massen erfolgen oder ob die verschwenderischen Prestigeausgaben, insbesondere für die französische Atomrüstung, eingeschränkt werden.

Mit einiger Verspätung übernahm Chaban-Delmas in seiner Regierungserklärung vor dem Parlament plötzlich Argumente der demokratischen Opposition und lüftete zum Teil den Schleier. Vor entsprechenden Schlussforderungen schreckte er aber zurück. Bald danach schilderte Präsident Pompidou auf seiner ersten Pressekonferenz Frankreichs Finanzlage wieder in freundlicherem Licht und betonte mit Nachdruck, an Frankreichs Atomwaffenpolitik werde sich nichts ändern; Ausgaben für die Kernwaffe hätten im Rahmen des französischen Militärbudgets «Vorrang».

Auf der gleichen Linie liegt Pompidous formales Festhalten an fast allen Grundsätzen der gaullistischen Aussenpolitik, wengleich in einigen Punkten leichte Lockerungen angebahnt werden.

Prognose

Das französische Volk ist jetzt in den «grandes vacances», im grossen Sommerurlaub. Die Minister arbeiten bis zum Herbst fieberhaft an «Lösungen». Das Tauziehen zwischen Ultragaullisten, europäisch ausgerichteten Konservativen und «Pompidouisten» ist hart.

Allzulange wurde Frankreichs Staatsführung und insbesondere die Aussenpolitik in den Händen eines einzigen Mannes konzentriert. Es ist schwierig und gefährlich, ein derartiges Erbe anzutreten. So erklären sich einige bezeichnenswerte Bemerkungen und Hinweise des Präsidenten: er hoffe, die «Ereignisse» würden ihm gestatten, seine siebenjährige Amtsdauer bis zum Ende zu führen; die Regierung Chaban-Delmas werde jedenfalls nur einen Teil dieser Zeit fungieren; eine neue parlamentarische Mehrheit infolge von Neuwahlen sei nicht auszuschliessen.

René Capitant, Chef der «Linksgaullisten» und Justizminister de Gaulles bis zu dessen Rücktritt, erklärte kürzlich in einem Aufruf zum «Widerstand des Volkes» gegen Pompidou: «Gewiss, Georges Pompidou ist Präsident der französischen Republik. Wenn das Volk aber General de Gaulle heimgeschickt hat, kann es auch Pompidou vor Ablauf seiner siebenjährigen Amtsdauer heimschicken.» Diese Prophezeiung kommt nicht von ungefähr. Gebrannte Kinder fürchten das Feuer. *Georg Scheuer*

Bilanz von Eastbourne

Der 11. Kongress der Sozialistischen Internationale im englischen Seebad Eastbourne bewies die Notwendigkeit, diese demokratisch-sozialistische Einrichtung aus dem Denkmalschutz der Geschichte herauszuholen. Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, hat dies am Ende seiner Analyse der internationalen Lage vorgeschlagen, um der Einrichtung der Internationale ein stärkeres Gewicht in der Weltpolitik zu verleihen.

Der Richtigkeit seiner Feststellung, diese Organisation habe neben ihrer Tradition und ihren grossen geistigen Werten ihre eigentliche Zukunft noch vor sich, konnte sich keiner der Delegierten aus 50 Ländern mit einer Repräsentanz von 15 Millionen Mitgliedern und einem Wählerstamm von 70 Millionen Menschen verschliessen.

Willy Brandt war zweifellos der «Star» von Eastbourne. Seine Rede war ein Konzept für die Europapolitik. Es waren keine leeren Worte, wie seine späteren Reisen im Sommer in die verschiedenen europäischen Hauptstädte bewiesen. Neben seiner Bilanz, die Zukunftsweisendes hatte, verblasste Harold Wilsons Bekenntnis, kein Land könne in dieser näher zusammenrückenden Welt wie eine Insel leben, wie ein zu oft gehörtes und daher wirkungsloses Europegebet.

Brandt bewies auch, wie ernst er den Vorschlag von Budapest für eine europäische Sicherheitskonferenz nehmen wolle. Mit Erleichterung nahm man seine Bereitschaft zu einem klärenden Gespräch ohne Diskriminierungen auf, das er mit den DDR-Machthabern führen wolle, um alle Hindernisse zum Erfolg eines Sicherheitstreffens von vornherein aus dem Wege zu räumen. Die Delegierten zollten ihm Beifall, bewies er doch seine Hartnäckigkeit, die deutsche Aussenpolitik aus der Starre der Adenauer- und Nach-Adenauer-Ära weiter hinauszutragen. Gerhard Jahn, parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, unterstrich die Notwendigkeit einer deutschen Unterschrift unter den Atomsperrvertrag. Doch forderte er — ebenso wie der deutsche Delegierte Hans-Eberhard Dingels — die Ausdehnung des Abrüstungsvertrages auch auf konventionelle Waffen, da auch hochgerüstete Massenheere ebenso eine Gefahr für den Weltfrieden darstellten.

Unter dem Beifall der Delegierten grenzte Bundesminister Herbert Wehner ideologisch den Kommunismus vom demokratischen Sozialismus ab. Er bedankte sich bei einem tschechoslowakischen Exil-Sozialdemokraten, der vor der Verherrlichung des Reformkommunismus gewarnt hatte, da auch Dubcek ein Kommunist geblieben wäre und nur dem Kommunismus in seiner Auswirkung einige menschlichere Züge gegeben hätte. Herbert Wehner sprach den Menschen, die wegen ihrer politischen Überzeugung vorübergehend aus dem politischen Leben ihrer Heimat ausgeschaltet seien, Werte der Information nicht nur für die Einrichtung der Internationale zu, mit denen sie als Beobachter der Strömungen in ihren Heimatländern

nicht nur der SI grosse Dienste erweisen könnten, sondern allen freien Menschen.

Wehner warnte davor, dass sich die Kommunisten vor allem in den Ländern, in denen sie vom politischen Leben ausgeschaltet seien, demokratisch gäben, Demokraten persönlich verherrlichten und demokratische Persönlichkeiten sogar öffentlich in einer Art von Personenkult lobten. Nach der Machtübernahme, das habe die Geschichte vielfältig erwiesen, würde der demokratisch denkende Mensch als Individuum dann niedergetrampelt.

Harte Worte fielen in der Debatte zu den Ländern Griechenland, Portugal, Spanien und Malaysia. Die Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung — ein Drittel der vertretenen Parteien regiert in ihren Heimatländern allein oder in Koalition — wurden aufgefordert, alles zu tun, um eine Demokratisierung in all diesen Ländern zu fördern, wenn nicht gar zu erzwingen. Die Stimme der Internationale, die durch ihre Resolutionen ihre Daseinsberechtigung und ihre Einflussnahme auf die Tagespolitik bewies und sich in der Welt damit ihre Existenzberechtigung bescheinigte, wird in den kommenden Jahren überall dort gehört werden, wo es um die Freiheit des Menschen geht.

Neuordnung könnte man der Sozialistischen Internationale insofern empfehlen, als es zweckmässig wäre, diese Art von demokratischem Familientreffen zwar noch weiterhin beizubehalten, aber doch auch zu erwägen, ob man nicht ein Schwergewicht auf die Parteien legen soll, die in Parlamenten vertreten sind. Das bedeutet in keiner Weise eine Herabsetzung der Exilparteien. Nur kann mehr an Effektivität herausgeholt werden, wenn man diese Gruppe für gewisse Konferenzteile abtrennt, ohne der Internationale ihre grosse historische Bedeutung zu nehmen, von der Willy Brandt sprach. Dann kann man Tage Erlanders Worte in der sozialdemokratischen Zeitschrift «Neue Gesellschaft» mit unterstreichen, dass die grosse Bedeutung der Internationale in der Zukunft liege. *Christina Mahn*

Frage und Antwort und Frage

Es heisst: Man kann nicht mitten im Fluss
die Pferde wechseln
Gut. Aber die alten sind schon ertrunken

Du sagst: Das Eingeständnis unserer Fehler
nütze dem Feind
Gut. Aber wem nützt unsere Lüge?

Manche sagen: Auf die Dauer ist der Sozialismus
gar nicht vermeidbar
Gut. Aber wer setzt ihn durch?

Wolf Biermann